

Antrag

der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Horizonte erweitern – Den Weltraum für die deutsche Wirtschaft erschließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die kommerzielle Erschließung des Weltraums könnte in Zukunft wirtschaftlich großes Potenzial bergen. Weltweit haben bereits 20 Länder (darunter USA, Russland und Japan) und innerhalb Europas sieben (zuletzt Belgien 2006, die Niederlande 2007, Frankreich 2008 und Österreich 2011) Länder ein eigenes nationales Weltraumgesetz erlassen.

Zur kommerziellen Erschließung könnte der sogenannte „Weltraumbergbau“ gehören. Damit ist der Abbau von Rohstoffen auf Asteroiden gemeint, um diese entweder für den Gebrauch zur Erde zurückzutransportieren oder aber Treibstoff und Material für Raumstationen oder Expeditionen zum Mars zu gewinnen.

In Erdnähe befinden sich etwa 17.000 Asteroiden, die für den Weltraumbergbau in Zukunft erreichbar wären. Dabei unterscheidet man zwischen den kohlenstoffhaltigen C-Asteroiden, den steinigen S-Asteroiden und den metallischen M-Asteroiden. Dort sind laut Experten u. a. Rohstoffe wie Platin, Eisen, Nickel oder Kobalt vorzufinden – Rohstoffe, die man für jetzige und zukünftige Technologien benötigt, aber auf der Erde nicht im Überfluss zu finden sind. Die Werte der Rohstoffe auf diesen Asteroiden gehen in den mehrstelligen Milliardenbereich. Der Rohstoffwert des Asteroiden Amun (3554) wird allein auf 20 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Deutschland gehört als einer der Hauptförderer der ESA zu einer der führenden Raumfahrtnationen. Projekte wie z. B. die Mars-Sonde „InSight“ (das Heat-Flow-and-Physical-Properties-Package-Instrument – HP3 –, entwickelt vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, wurde auf der Raumsonde eingesetzt um den Wärmefluss im Marssediment zu ermitteln) zeigen, dass Deutschland in der Weltraumtechnik weltweit Standards setzt.

Bis jetzt kann dieser Umstand aber nicht voll ausgeschöpft werden, da es an großen Investitionen fehlt. Dieser Missstand ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass es in Deutschland keinen rechtlichen Rahmen für die kommerzielle Raumfahrt gibt. Diese Rechtsunsicherheit erzeugt ein Investitionshemmnis. Deutschland droht so in Sachen Raumfahrt und Weltraumtechnik den Anschluss zu verlieren.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ihren Willen bekräftigt, ein Weltraumgesetz auf den Weg zu bringen. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 19/3745) geht die Bundesregierung von einem ersten Gesetzentwurf in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode aus.

Bislang liegen aber keine weiteren Informationen vor, wie weit ein solcher Gesetzentwurf bereits fortgeschritten ist bzw. ob überhaupt schon damit begonnen wurde. Generell ist die Bundesregierung beim Thema Weltraumgesetz sehr intransparent. Daher muss davon ausgegangen werden, dass es noch keine Fortschritte bei dem Erstellen eines Weltraumgesetzes gegeben hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen,
 - a. welcher sämtliche gesetzlichen und haftungsrelevanten Fragen der Raumfahrt für die Bundesrepublik Deutschland regelt;
 - b. der insbesondere auf den Weltraumbergbau eingeht;
 - c. der eine Haftungsgrenze für Raumfahrtunternehmen festlegt;
 - d. der Rechts- und Investitionssicherheit der Raumfahrt-Wirtschaft sicherstellt;
 - e. der bürokratisch nicht überlastet ist;
 - f. der technologie-offen bleibt und Spielräume für mögliche technische Entwicklungen der kommenden Jahre belässt;
 - g. der die Vermeidung von Weltraumschrott miteinbezieht sowie
 - h. die Sicherheit für Personen und Sachen sicherstellt;
2. alle relevanten Gruppen und Institutionen mit einem berechtigten Interesse in den Prozess miteinzubeziehen;
3. den Bundestag zum nächstmöglichen Zeitpunkt über den aktuellen Stand des Entwurfes für das Weltraumgesetz zu unterrichten;
4. sich nach der Einführung eines Weltraumgesetzes auf EU-Ebene sowie international für eine einheitliche Regelung zum Weltraumbergbau einzusetzen.

Berlin, den 3. April 2019

Christian Lindner und Fraktion